

Stadtverordnetenversammlung

Protokoll Nr. STV/09/2014

**über die öffentliche Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung am 15.12.2014,
Ahrensburg, Reithalle des Marstalls**

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 21:50 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Roland Wilde

Stadtverordnete

Frau Carola Behr
Herr Thomas Bellizzi
Frau Doris Brandt
Herr Christian Conring
Herr Claas-Christian Dähnhardt
Herr Jürgen Eckert
Herr Peter Egan
Herr Rafael Haase
Herr Jörg Hansen
Frau Anna-Margarete Hengstler
Herr Dr. Ernst-Jürgen Hoffmann
Herr Dustin Holzmann
Herr Tobias Koch
Herr Dirk Langbehn
Herr Detlef Levenhagen
Frau Monja Löwer
Herr Hartmut Möller
Frau Marleen Möller
Frau Sybille Ott
Herr Jochen Proske
Herr Bela Randschau
Herr Achim Reuber
Herr Hinrich Schmick
Frau Karen Schmick
Herr Christian Schmidt
Herr Christian Schubert-von Hobe
Herr Michael Stukenberg
Frau Doris Unger
Herr Olaf Waskow

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Lara Gerecke
Herr Yannick Klix
Herr Horst Marzi

Kinder- und Jugendbeirat
Kinder- und Jugendbeirat
Seniorenbeirat

Verwaltung

Herr Michael Sarach
Frau Gabriele Fricke
Frau Dr. Angela Behrens
Herr Mathias Horsch
Frau Birgit Reuter

Gleichstellungsbeauftragte
Veranstaltungstechniker
Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Herr Matthias Stern

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 08/2014 vom 24.11.2014
6. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 6.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 6.1.1. Finanzbericht Nr. 18/2014
 - 6.1.2. Beschlusscontrolling
 - 6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 6.2.1. Zuwendungsbescheid Städtebauförderungsprogramm
- Städtebaulicher Denkmalschutz/Programmjahr 2014
- Gesamtmaßnahme Innenstadt/Schlossbereich
 - 6.2.2. Aktueller Sachstand zur Fluglärmproblematik
 - 6.2.3. Einseitige Sperrung der Manhagener Allee aufgrund von Sanierungsarbeiten am Brückenbauwerk
 - 6.2.4. Verlegung von Leerrohren für das künftige Glasfasernetz in der Rathausstraße
 - 6.2.5. Wohnraumsuche der Stadt Ahrensburg für Flüchtlingsfamilien
 - 6.2.6. Freiwillige Feuerwehr der Stadt Ahrensburg - Ortswehr Ahrensfelde
 - 6.2.7. Weihnachtsgrüße
7. Besucherwünsche aus der Ausstellung 700-Jahre Ahrensburg an die Ahrensburger Politik
8. 22. Tätigkeits- und Erfahrungsbericht der Gleichstellungsbeauftragten
9. Gymnasium Am Heimgarten Ahrensburg
- Antrag auf Änderung des Schulnamens gemäß § 10 Abs. 2 SchulG

- | | | |
|-----|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------|
| 10. | Sanierung der P + R-Anlage "Alter Lokschuppen"/Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung gemäß § 95 f GO | 2014/144 |
| 11. | Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 94 für das Grundstück "Lindenhof", Flurstücke Nr. 394, 393 und 396 sowie teilweise Nr. 395 und 398 der Flur 9 der Stadt Ahrensburg, gelegen zwischen Bahnhofstraße, Wilhelmstraße und der Bundesstraße 75, Abschnitt Woldenhorn
- Aufstellungsbeschluss für den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 94 als Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13a BauGB
- Beschluss zu den wesentlichen städtebaulichen Zielen
- Beschluss der Bekanntmachung
- Beschluss zu den frühzeitigen Beteiligungen gem. § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB | 2014/130 |
| 12. | Bebauungsplan Nr. 88 (Erweiterung Beimoor-Süd) - vertragliche Ablösung von Ausgleichsverpflichtungen über Ökokonten | 2014/149 |
| 13. | Antrag der CDU-Fraktion an die STV - 25. Jahrestag der Wiedervereinigung | AN/076/2014 |
| 14. | Städtisches Grundstück Reeshoop 60 - Nichtzulassung von Fremdnutzungen | 2014/146 |

1. **Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Bürgermeister Wilde begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. **Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Bürgermeister Wilde stellt die Beschlussfähigkeit fest.

3. **Einwohnerfragestunde**

Die in der Stadtverordnetenversammlung am 24.11.2014 von Herrn Jürgen Krüger gestellten Fragen zum Moorwanderweg sind beantwortet und der Niederschrift als **Anlage** beigefügt.

Frau Tammerna weist darauf hin, dass sie beim Allgemeinen Sozialdienst und im Jugendamt erhebliche Überlastungserscheinungen – Krankheitsgründe ausgeschlossen – festgestellt habe. Sie bittet um Abhilfe. Bürgermeister Sarach bittet um ein Gespräch mit Frau Tammerna zwecks Spezifizierung der Probleme, zumal das Jugendamt nicht im Zuständigkeitsbereich der Stadt liegt. Frau Tammerna erklärt, dass sie keine weitere Funktion übernehme und nur in Nachbarschaftshilfe tätig gewesen sei. Die Fälle, die sie anspricht, würden sich nicht mit Migration bzw. Integration befassen. Unabhängig hiervon regt sie die Einstellung eines offiziellen Integrationsbeauftragten an.

Herr Jürgen Krüger bedankt sich für die Beantwortung seiner Anfrage aus der Einwohnerfragestunde in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 24.11.2014. Ca. 20.000 € seien ohne „griffiges Ergebnis“ für eine Vorplanung der „Moorwanderwegbrücke“ ausgegeben worden. Er bittet um kurze Unterrichtung durch die Verwaltung im Rahmen einer E-Mail 3 bis 4 Tage vor einer Stadtverordnetenversammlung zum Sachstand „Moorwanderwegbrücke“.

Bürgermeister Sarach erklärt, dass die geschätzten Kosten in Höhe von 400.000 € aus einer Schätzung, die bereits mehrere Jahre zurück liegt, resultieren, sodass die Verwaltung die Erstellung neuer Kostenschätzungen mit gründlicheren Untersuchungen veranlasst hat. Die Einstellung von Mittel bei Haushaltsanmeldungen erfolgt auf der Grundlage von Kostenschätzungen. Ob und inwieweit die Werte Bestand haben, wird sich bei entsprechender Beschlussfassung durch die Gremien mit Ausschreibung entscheiden. Der Unterausschuss hat in seiner Sitzung 10.12.2014 den ursprünglichen Beschluss aufgehoben und die Einstellung in Höhe von 450.000 € mit einem Sperrver-

merk der darüber hinausgehenden Summe beschlossen.

Ein kurzer Bericht als E-Mail im Rahmen der zurzeit laufenden Haushaltsberatungen vor der kommenden Stadtverordnetenversammlung an Herrn Krüger wird zugesagt.

Stadtverordneter Knoll stellt Fragen und Anmerkungen zur Verkehrsplanung der Nordtangente in Ahrensburg. In der Sitzung des Bau- und Planungsausschusses seien im Rahmen des Entwurfs des Flächennutzungsplanes am 19.11.2014 diverse Anträge und Anregungen zur Änderung der Vorlage beraten worden. Er bittet um Auskunft, ob die Machbarkeitsstudie, die voraussichtlich im Januar 2015 im Bau- und Planungsausschuss vorgestellt werden sollte und die Familia-Trasse umfasse, nunmehr auch um die Trasse Kurt-Fischer-Straße ergänzt werde. Sollte die Kurt-Fischer-Straße gegenüber der Familia-Trasse bevorzugt werden, sehe er einen Zusammenhang mit der in der Sitzung des Bau- und Planungsausschusses am 17.12.2014 zu behandelnden Erschließungsplanung Beimoor-Süd. In der Planung Beimoor-Süd sei eine Verlängerung der Kurt-Fischer-Straße enthalten, die allerdings in einer kleinen Stichstraße/Sackgasse ende. Dies sei fehlerhaft, wenn die Nordtangente über die Kurt-Fischer-Straße laufe. Er sehe ein Problem, wenn über die Erschließungsplanung im Detail am 19.11.2014 beschlossen und Fakten geschaffen werden würden, auch im Hinblick auf die Knotenpunkte Beimoorweg/Kurt-Fischer-Straße und Planstraße A (Haupterschließungsstraße) mit der Verlängerung Kurt-Fischer-Straße. Im zuletzt genannten Knotenpunkt werde keine Lichtsignalanlage bzw. Kreisel gebaut, was definitiv nicht funktionieren werde.

Bürgermeister Sarach erklärt, dass verschiedene Anbindungen überprüft werden. Die Ergebnisse über die Untersuchung Kurt-Fischer-Straße werden voraussichtlich Ende Januar vorliegen und dann in den Ausschüssen diskutiert.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Nach Begründung der Dringlichkeit der Beratung und Abstimmung über den Tagesordnungspunkt „Bebauungsplan Nr. 88 (Erweiterung Beimoor-Süd – Vertragliche Ablösung von Ausgleichsverpflichtungen über Ökokonten), Vorlagen-Nr. 2014/149“ in der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung stimmen die Stadtverordneten der Erweiterung der Tagesordnung um diesen Tagesordnungspunkt als TOP 12 mit der erforderlichen Mehrheit von 2/3 der gesetzlichen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung zu.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

6. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

6.1. Berichte gem. § 45 c GO

6.1.1. Finanzbericht Nr. 18/2014

Der Finanzbericht Nr. 18/2014 (**siehe Anlage**) wird vom Bürgermeister zur Kenntnis gegeben.

6.1.2. Beschlusscontrolling

Die tabellarische Aufstellung über das Beschlusscontrolling ist auch als **nicht öffentliche Anlage** beigefügt.

6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

6.2.1. Zuwendungsbescheid Städtebauförderungsprogramm - Städtebaulicher Denkmalschutz/Programmjahr 2014 - Gesamtmaßnahme Innenstadt/Schlossbereich

Bürgermeister Sarach berichtet, dass der Zuwendungsbescheid der Investitionsbank Schleswig-Holstein mit Datum vom 03.12.2014 über die städtebauliche Gesamtmaßnahme „Innenstadt/Schlossbereich/Städtebauförderungsprogramm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ eingegangen ist.

Für das Programmjahr 2014 bis 2018 wurde der Stadt Ahrensburg ein Gesamtbetrag in Höhe von 6.600.000 € für das Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ bewilligt.

Der gemeindliche Eigenanteil beträgt hiervon 2.200.000 €.

Insgesamt umfasst der Förderantrag voraussichtlich eine Gesamtsumme von 21.000.000 € für die nächsten 15 Jahre.

6.2.2. Aktueller Sachstand zur Fluglärmproblematik

Der Antrag an die Fluglärmschutzkommission zur Aufnahme eines Vertreters des Kreises Stormarn in die Fluglärmschutzkommission wurde in der Fluglärmschutzkommissionssitzung am 12.12.2014 behandelt, jedoch nicht mit einer endgültigen Beschlussfassung. Es wurde vereinbart, die Aufnahme eines Vertreters des Kreises Stormarn in der nächsten Sitzung der Fluglärmschutzkommission am 20.02.2015 weiter und möglichst abschließend zu beraten.

6.2.3. Einseitige Sperrung der Manhagener Allee aufgrund von Sanierungsarbeiten am Brückenbauwerk

Bürgermeister Sarach teilt mit, dass mit Schreiben des Landesbetriebes Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein vom 03.12.2014 mitgeteilt wurde, dass in der Zeit vom 08.12. bis einschl. 19.12.2014 die Manhagener Allee aufgrund von Sanierungsarbeiten am Brückenbauwerk einseitig gesperrt wird.

6.2.4. Verlegung von Leerrohren für das künftige Glasfasernetz in der Rathausstraße

Bürgermeister Sarach berichtet, dass im Zuge der Tiefbaumaßnahme in der Rathausstraße auf Anfrage der Stadtwerke Ahrensburg zugleich Leerrohre für das künftige Glasfasernetz mit verlegt worden sind. Auslöser der Baumaßnahme war die Verbreiterung des Wasserlaufs in der Rathausstraße – ähnlich wie auf der gegenüberliegenden Straßenseite –.

Da sich die Lieferung des Pflasters als mangelhaft erwiesen hat, konnten die neuen Platten lediglich in Teilstücken verlegt werden. Sobald das einwandfreie Pflaster geliefert wird, wird die Verlegung abschließend vollendet.

6.2.5. Wohnraumsuche der Stadt Ahrensburg für Flüchtlingsfamilien

Bürgermeister Sarach erklärt, dass zunehmend Probleme bestehen, Flüchtlingsfamilien in geeigneten Unterkünften in Ahrensburg aufgrund der stark ansteigenden Zahl unterzubringen. Insbesondere auch für Familien, die bereits länger in Ahrensburg leben, sucht die Stadt daher nach geeignetem Wohnraum und ist bereit, dafür auch zunächst selber den Wohnraum anzumieten. Insbesondere auch für Familiengrößen von 4 bis 5 Personen wird dringend nach Wohnungen gesucht. Ansprechpartner für Mietangebote ist der Fachdienst Soziale Hilfen und Wohnungsangelegenheiten im Rathaus, Herr Cyrkel, Tel. 77-257, E-Mail: Michael.Cyrkel@Ahrensburg.de.

6.2.6. Freiwillige Feuerwehr der Stadt Ahrensburg - Ortswehr Ahrensfelde

Im Zusammenhang mit den Ermittlungen zur Brandlegung in Ahrensburg und der weiteren Umgebung der Stadt ist es der Staatsanwaltschaft und Polizei gelungen, Ermittlungserfolge mit zurzeit 6 mutmaßlichen Tätern, davon 4 aus der Ortswehr Ahrensfelde, vorzuweisen. Bürgermeister Sarach appelliert, den Glauben und das Vertrauen an die Wehren in der Stadt Ahrensburg nicht zu verlieren. Es gibt hervorragend engagierte Feuerwehrleute, die sich für das Wohl der Allgemeinheit einsetzen.

Bürgermeister Sarach hatte zur Aufarbeitung verschiedene Treffen mit den Ortswehren, der Gemeindefeuerwehr und Abstimmungen mit dem Feuerwehrverband. Im Rahmen der Ausbildung der Feuerwehrleute wird Bürgermeister Sarach anregen, mehr auf Aspekte der Prävention zu achten. Die Einwirkungsmöglichkeiten sind relativ gering, die Ortswehrführer sind nach Kräften zu unterstützen.

6.2.7. Weihnachtsgrüße

Bürgermeister Sarach bedankt sich für die Zusammenarbeit mit der Selbstverwaltung im Jahr 2014 und wünscht der Selbstverwaltung und deren Familien ein besinnliches Weihnachtsfest.

7. Besucherwünsche aus der Ausstellung 700-Jahre Ahrensburg an die Ahrensburger Politik

Bürgermeister Sarach bedankt sich bei Frau Dr. Behrens und den weiteren 80 ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern für die geleistete Arbeit im Rahmen der Ausstellung „700 Jahre Ahrensburg“.

Frau Dr. Behrens bedankt sich bei 80 Ehrenamtlichen, die an der Ausstellung „700 Jahre Ahrensburg“ mitgearbeitet und den Stadtverordneten, die der Ausstellung zugestimmt haben.

Die Ausstellung hat mit über 6.300 Besuchern sehr viel Zuspruch erhalten. Die Besucher haben ihren Dank für die Ausstellung in ein Gästebuch geschrieben. Das Gästebuch soll den Stadtverordneten zur Verfügung gestellt werden.

Die Besucher konnten im Rahmen der Ausstellung ihre Wünsche notieren. Insgesamt sind 1.681 Wünsche eingegangen und ausgewertet worden (**siehe Anlage 1**). Die Wünsche sind der Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt.

Frau Dr. Behrens übergibt anschließend die gesamten Wünsche dem Bürgermeister und dem Bürgermeister zur weiteren Veranlassung.

8. 22. Tätigkeits- und Erfahrungsbericht der Gleichstellungsbeauftragten

Gleichstellungsbeauftragte Frau Fricke trägt ihren 22. Tätigkeits- und Erfahrungsbericht vor. Ihre Schwerpunkte sind: Keine Gewalt an Frauen, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, das Thema „Migration“ und „Mehr Frauen in die Politik“.

Zum beruflichen Wiedereinstieg hat sie einen Infotag zusammen mit dem örtlichen Arbeitsamt und anderen Einrichtungen mit einer großen Resonanz durchgeführt. Nach wie vor hat eine Frau bei einer beruflichen Unterbrechung durch Kindererziehung einen schweren Wiedereinstieg in den Beruf. Oftmals kann sie in ihrem ausgeübten Beruf nicht wieder tätig sein.

Gleichstellungsbeauftragte Fricke wünscht sich, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zukünftig für Männer und Frauen gleichermaßen ein Thema wird.

Zum Thema „**Migration**“ ist Gleichstellungsbeauftragte Fricke in zahlreichen Arbeitskreisen vertreten. Sie hat eine entsprechende Veranstaltung mit „Frauen aus aller Frauen Länder“ in diesem Jahr durchgeführt und plant am 07.03.2015 ein weiteres Fest mit Kulturprogramm mit „Frauen aus verschiedenen Ländern“. Dabei strebt sie die Einbeziehung der Frauen aus Flüchtlingsfamilien an.

Die Schwimmzeiten für Frauen finden seit Juli 2009 einmal monatlich im Lehrschwimmbecken des badlantic statt. Die Organisation liegt bei der Gleichstellungsbeauftragten. Ehrenamtliche Kräfte übernehmen die Badeaufsicht und das Schwimmtraining.

Zum Thema „**Minijobs**“ hat Gleichstellungsbeauftragte Fricke ebenfalls einige Veranstaltungen, auch in Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit Bad Oldesloe, angeboten, um Frauen und Männer zu informieren (siehe Seite 3 Punkt 2 des Berichts der Gleichstellungsbeauftragten).

Gleichstellungsbeauftragte Fricke bedauert, dass der **Frauenanteil in der Politik** geringer geworden ist. Eines ihrer Themen sei, Frauen zu motivieren, den Weg in die Politik zu beschreiten und hofft seitens der Politik auf Unterstützung.

Stadtverordnete Löwer bedankt sich im Namen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN für den umfangreichen Bericht der Gleichstellungsbeauftragten Fricke. Als redaktionelle Anmerkung bittet sie, zukünftig den Bericht redaktionell dahingehend zu korrigieren, dass Minijobberinnen keinen Anspruch auf Urlaubsgeld haben.

Anmerkung der Gleichstellungsbeauftragten:

Auszug „Minijobzentrale Arbeitsrecht/Sonderzahlungen“

Ein gesetzlicher Anspruch des Arbeitnehmers auf eine Sonderzahlung oder Gratifikation (z. B. Weihnachtsgeld oder zusätzliches Urlaubsgeld) besteht nicht. Ein Anspruch kann sich jedoch aus einem Tarifvertrag, einer betrieblichen Regelung oder arbeitsvertraglichen Vereinbarung ergeben. Hieraus geht auch hervor, unter welchen Voraussetzungen ein Anspruch besteht und in welcher Höhe Zahlungen zu leisten sind.

Wenn der Arbeitgeber vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmern eine Gratifikation zahlt, so darf er diese geringfügig Beschäftigten nicht vorenthalten, es sei denn, für diese unterschiedliche Behandlung liegt ein sachlicher Grund vor. Dazu können beispielsweise Arbeitsleistung, Qualifikation, Berufserfahrung und unterschiedliche Arbeitsplatzanforderung gehören. Einem geringfügig Beschäftigten ist eine Gratifikation daher mindestens in dem Umfang zu gewähren, der dem Anteil seiner Arbeitszeit an der Arbeitszeit eines vergleichbaren vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmers entspricht (§ 4 Teilzeit- und Befristungsgesetz – TzBfG).

Stadtverordneter Möller dankt der Gleichstellungsbeauftragten Frau Fricke nicht nur für den ausführlichen Bericht, sondern auch zum Bestehen des Vereins „BEST“, der nicht zuletzt durch die Mithilfe der Gleichstellungsbeauftragten Frau Fricke entstanden ist und dieses Jahr sein 20-jähriges Jubiläum gefeiert hat. Sie versteht es hervorragend, ihre Tätigkeit mit anderen Menschen zu verknüpfen und durch ihre Multiplikationsfähigkeit vielmehr zu bewegen als wenn sie allein tätig sein würde.

Stadtverordneter Holzmann schließt sich dem Lob und Dank der Vorredner an. Gleichwohl habe er das Gefühl, dass man mehr eine Frauen- als eine Gleichstellungsbeauftragte habe, auch wenn die Frauen mehr Bedarf an Gleichstellung hätten als Männer. Aber auch Männer hätten Probleme in der Gesellschaft. Er wünsche deshalb eine erhöhte Tendenz zur Gleichstellungsbeauftragten.

Nach einem weiteren Dank durch Stadtverordnete Schmick im Namen der WAB-Fraktion nimmt die Stadtverordnetenversammlung den Bericht der Gleichstellungsbeauftragten abschließend zur Kenntnis.

**9. Gymnasium Am Heimgarten Ahrensburg
- Antrag auf Änderung des Schulnamens gemäß § 10 Abs. 2 SchulG**

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bildungs-, Kultur- und Sportausschusses Herr Schubbert-von Hobe hält den Sachvortrag.

Stadtverordneter Schmick erklärt, dass die WAB-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde, er sich jedoch eine Persönlichkeit gewünscht hätte, die auch mit Ahrensburg – auch unter Berücksichtigung des Marketingaspektes und der Kontinuität unter Berücksichtigung der Schülerinnen und Schüler, die die Schule bereits verlassen haben – verbunden sei.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem Beschlussvorschlag zu.

Abstimmungsergebnis:	26 dafür
	1 dagegen
	3 Enthaltungen

10. Sanierung der P + R-Anlage "Alter Lokschuppen"/Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung gemäß § 95 f GO

Den Sachvortrag hält Stadtverordneter und Vorsitzender des Bau- und Planungsausschusses Herr Möller.

Die Stadtverordneten stimmen anschließend dem Beschlussvorschlag zu.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

11. **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 94 für das Grundstück "Lindenhof", Flurstücke Nr. 394, 393 und 396 sowie teilweise Nr. 395 und 398 der Flur 9 der Stadt Ahrensburg, gelegen zwischen Bahnhofstraße, Wilhelmstraße und der Bundesstraße 75, Abschnitt Woldenhorn**
- **Aufstellungsbeschluss für den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 94 als Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13a BauGB**
 - **Beschluss zu den wesentlichen städtebaulichen Zielen**
 - **Beschluss der Bekanntmachung**
 - **Beschluss zu den frühzeitigen Beteiligungen gem. § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB**

Aufgrund des § 22 GO Schleswig-Holstein waren Stadtverordnete von der Beratung und Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes nicht ausgeschlossen.

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bau- und Planungsausschusses Herr Möller hält den Sachvortrag.

Stadtverordneter Möller erklärt, dass die SPD-Fraktion dem Aufstellungsbeschluss nicht zustimmen werde, da die Parkplätze im Lindenhof entfallen und die Bereitstellung von Ersatzparkplätzen nicht geklärt sei. Zwar habe sich der Vorhabenträger vertraglich verpflichtet, Ausgleichsbeträge für die Bereitstellung von Parkplätzen zu zahlen, jedoch sei nicht geklärt, wo noch verfügbare Flächen für Parkplätze in der Innenstadt bereitstehen würden. Darüber hinaus seien die verkehrlichen Beziehungen im Bereich des S-Bahnhofes für die Verkehrsentwicklung nicht untersucht worden. Das Verkehrsgutachten habe lediglich die Verkehre betrachtet, die aus dem Projekt selbst heraus entstehen. Durch die Baumaßnahme sei auch der Erhalt der historischen Allee in der Wilhelmstraße nicht mehr gewährleistet.

Stadtverordneter Koch erklärt, dass auslösendes Motiv für die Absicht, den Lindenhof zu bebauen, die städtebauliche Entwicklung in diesem Bereich mit einer Attraktivierung der südlichen Innenstadt war. Durch Vorschaltung eines Architektenwettbewerbs sollte die zukünftige Bebauung geklärt werden. In dem Auslobungstext für die Architekten war deshalb auch der Erhalt der öffentlichen Parkplätze ausdrücklich vermerkt, jedoch hat kein einziger der 6 Architektenentwürfe diesem Rechnung getragen. Die Stadt erzielt nicht nur einen entsprechend hohen Verkaufserlös für das Grundstück, sondern der Investor hat sich jedoch auch verpflichtet, entsprechende Ausgleichsbeträge für Parkplätze für jeden wegfallenden Parkplatz zu zahlen. Die Mittel müssen für die Bereitstellung von Parkplätzen genutzt werden. Eine Möglichkeit für Ersatzparkplätze wäre die Aufstockung des Alten Lokschuppens. Da die Ausgleichszahlungen für die Aufstockung des Alten Lokschuppens nicht ausreichen, sollten entsprechende Mittel in die Finanzplanung 2016/2017 zusätzlich für die Aufstockung des Alten Lokschuppens eingestellt werden.

Die CDU-Fraktion wird deshalb dem heutigen Aufstellungsbeschluss zustimmen und die Bereitstellung von Parkplätzen in der Innenstadt weiter forcieren.

Stadtverordneter Schmick sieht im Namen der WAB-Fraktion ebenfalls das Parkplatzproblem und schlägt eine zweite Minus-Eins-Ebene auf dem Lindenhofgelände für die Bereitstellung von Parkplätzen vor. Da diese Forderung bisher nicht erfüllt wird, wird die WAB-Fraktion dem Aufstellungsbeschluss nicht zustimmen.

Stadtverordneter Proske erklärt, dass zurzeit noch die Alternative bestehe, das Projekt zu stoppen, da seit Jahren bestehende Fragen zu diesem Projekt noch nicht abschließend geklärt worden seien. Bei einer Aufstockung des Alten Lokschuppens würden die Parkplätze in erster Linie von weiteren Pendlern statt von Besuchern der Innenstadt aufgrund der Entfernung zur Innenstadt genutzt werden. Eine Aufstockung des Alten Lokschuppens wäre ohnehin notwendig für die Bereitstellung von Parkplätzen für Pendler. Weitere Flächen, die für Parkplätze innenstadtnah bereitgestellt werden könnten, würden nicht zur Verfügung stehen.

Stadtverordneter Hansen erklärt, dass nicht nur 5 Minuten fußläufig von der Innenstadt entfernt 2 kaum genutzte Parkhäuser zur Verfügung stehen würden. Eine Minus-Zwei-Ebene unter Berücksichtigung der Bebauung des Lindenhof-Parkplatzes sei aus technischen Gründen nicht realisierbar.

Stadtverordneter Bellizzi ist im Namen der FDP-Fraktion grundsätzlich gegen das Projekt Lindenhof. Aufgrund der von der Stadt zu zahlenden hohen Konventionalstrafe im 6-stelligen Bereich werde die FDP-Fraktion dennoch dem Aufstellungsbeschluss zustimmen. Im Rahmen des Architektenwettbewerbs habe es nicht die Möglichkeit gegeben, sich ausschließlich für keinen Vorschlag entscheiden zu können, zumal sämtliche Vorschläge nicht die notwendige Anzahl an Parkplätzen vorweisen konnten.

Stadtverordneter Haase erklärt, dass im Hinblick auf das Vorhandensein von Überlandbussen, der Regionalbahn, Fernbahnzüge, etc. der S-Bahnhof zukünftig völlig überlastet sein werde. Zumindest im Architektenwettbewerb hätten diesbezüglich Varianten eingefordert werden müssen. Er regt in diesem Zusammenhang auch die Errichtung eines Parkhauses an der Seite der Ladestraße mit Minimierung des Parksuchverkehrs an.

Stadtverordneter Hansen erklärt zu den 2 bis 3 Bäumen in der Wilhelmallee, dass nach Aussage des Umweltamtes eine Fällung aufgrund der Schädigung dieser Bäume erforderlich sei. Das ausgesuchte Architektenkonzept fordere am wenigsten Tribut für die Allee.

Stadtverordneter Egan weist eindrücklich auf die Lösung des Problems der Parkplätze in der Innenstadt hin. Zurzeit befindet man sich bezüglich der Parkplätze noch im spekulativen Raum. Er appelliert an die Stadtverordneten, die Themen „Verkehr“, „Parkplatzsituation“, und „Grundstückserschließung“ zu lösen und den Aufstellungsbeschluss zurückzunehmen.

Stadtverordneter Koch erklärt, dass im Rahmen des Bauleitplanverfahrens Details, wie Bäume, Regenwassernutzung, KW-40-Standard, geregelt werden müssen. Er wünscht sich, dass sowohl die baurechtliche Prüfung der Aufstockung des Alten Lokschuppens als auch die finanzielle Bereitstellung der Mittel zügig vorangetrieben und Planungsrecht geschaffen werde, um dann zeitnah die Aufstockung des Alten Lokschuppens in den Jahren 2016 und 2017 realisieren zu können.

Nach einer weiteren Verständnisfrage durch Stadtverordnete Schmick wird über den Beschlussvorschlag wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:	16 dafür
	12 dagegen
	2 Enthaltungen

Dem Beschlussvorschlag ist somit zugestimmt.

12. Bebauungsplan Nr. 88 (Erweiterung Beimoor-Süd) - vertragliche Ablösung von Ausgleichsverpflichtungen über Ökokonten

Stadtverordnete und Vorsitzende des Umweltausschusses Frau Möller hält den Sachvortrag.

Die Stadtverordneten stimmen anschließend dem Beschlussvorschlag zu.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

13. Antrag der CDU-Fraktion an die STV - 25. Jahrestag der Wiedervereinigung

Stadtverordneter Koch stellt im Namen der CDU-Fraktion nachfolgenden Antrag (AN/076/2014): *„Im kommenden Jahr jährt sich die deutsche Wiedervereinigung zum 25. Mal. In Erinnerung an dieses für die Bürgerinnen und Bürger in Ost und West gleichermaßen einschneidendes, bewegendes und freudiges Ereignis wird die von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und dem Auswärtigen Amt angebotene Ausstellung „Der Weg zur deutschen Einheit“ im Oktober 2015 im Rathaus gezeigt.“*

Stadtverordneter Koch erläutert, dass die Ausstellung zugleich den passenden Rahmen für Filmvorführung, Zeitzeugengespräche, Buchvorstellungen und andere Veranstaltungen zu diesem Thema bietet. Die Verwaltung wird gebeten, Vorschläge für ein entsprechendes Begleitprogramm zu erarbeiten und in Zusammenarbeit mit dem Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss den Ahrensburger Schulen und Vereinen umzusetzen. Einen besonderen Stellenwert sollte dabei Ahrensburgs Partnerstadt Ludwigslust einnehmen.

Stadtverordneter Möller begrüßt im Namen der SPD-Fraktion den Antrag des Stadtverordneten Koch.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem Antrag des Stadtverordneten Koch zu.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

14. **Städtisches Grundstück Reeshoop 60 - Nichtzulassung von Fremdnutzungen**

Stadtverordneter und Ausschussvorsitzender des Finanzausschusses Herr Conring hält den Sachvortrag.

Stadtverordneter Reuber verweist auf einen Beschluss des Bildungs-, Kultur- und Sportausschusses, nach dem ein Prüfauftrag über die Aufstellung von Containern auf dem badlantic Gelände vor einer endgültigen Beschlussfassung im Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss beantwortet werden soll. Der Prüfauftrag sei bisher nicht abgearbeitet worden. Der Beschluss des Bildungs-, Kultur- und Sportausschusses würde durch diesen Beschluss des Finanzausschusses ausgehebelt werden, zumal auch kein Zeitdruck bestehe. Er schlägt vor, nach Erledigung des Prüfauftrages und Beschlussfassung im Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss entsprechend über diese Vorlage zu beraten. Die DLRG mache eine hervorragende Jugendarbeit und wäre bereit, Rückbaukosten der Container zu übernehmen bzw. weitere Sponsoren einzuwerben zwecks Reduzierung der Kosten für die Stadt. Einige Container, die auf dem badlantic-Gelände stehen würden, würden seiner Auffassung nach nicht die zukünftigen Pläne des badlantics beeinflussen. Aus diesem Grund wird die SPD-Fraktion den Beschlussvorschlag ablehnen.

Stadtverordneter Eckert erklärt, dass die Bemühungen, die die DLRG unternommen habe, nicht genügend bewertet würden und stellt folgenden Antrag im Namen der SPD-Fraktion: „Die Verwaltung beauftragt, einen Vertragsentwurf zwischen der Stadt Ahrensburg und der DLRG Ahrensburg e. V. vorzulegen mit der Zielsetzung, die Nutzung der erforderlichen Grundstücksflächen für die Aufstellung eines Containers auf dem Gelände des badlantic zu ermöglichen. Die Prüfungsaufträge des Bildungs-, Kultur- und Sportausschusses sind dabei zu berücksichtigen.“

Stadtverordnete Hengstler erklärt, dass im Aufsichtsrat des badlantic einhellig die Auffassung bestand, dass es klare Kompetenzen bei den Ausschüssen gebe müsse. Federführend sei zunächst der Finanzausschuss, da dieser Eigentümer dieser Flächen sei. Keiner der Stadtverordneten spreche sich gegen die DLRG aus, sondern man wolle eine vernünftige Grundlage für die DLRG bilden, die auch über mehrere Jahre Bestand habe.

Stadtverordneter Bellizzi erklärt, dass eine Entscheidungsfindung über die Zukunft des badlantic in der Stadtverordnetenversammlung einen längeren Zeitraum über mehrere Jahre in Anspruch nehmen könnte. In dieser Zeit würde die Möglichkeit der DLRG, sich zurück zum badlantic zu orientieren, blockiert werden. Die Ausbildung von Rettungsschwimmern sollte dort stattfinden, wo auch die Aufgabe zu erfüllen sei. Die FDP-Fraktion wird dementsprechend den Beschlussvorschlag ablehnen.

Es folgten weitere Wortbeiträge durch Stadtverordnete Egan und Haase.

Bürgermeister Wilde bedankt sich im Rückblick auf das Jahr 2014 bei den Bürgerinnen und Bürgern, die die Stadtverordnetenversammlung mit konstruktiven, kritischen und lobenden Beiträgen in der Einwohnerfragestunde begleitet haben, bei den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung und der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit als auch bei seinen beiden Stellvertretern für die immer gute kollegiale Zusammenarbeit und faire Unterstützung.

Er wünscht allen ein frohes Weihnachtsfest, ein paar sinnlich ruhige Tage im Kreise der Lieben und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

gez. Roland Wilde
Vorsitzender

gez. Birgit Reuter
Protokollführerin